

Ein Schlie-Bürgerstreich – oder was der Zauberlehrling Schlie wirklich berichtet hat

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Analyse des so genannten Schlie-Berichtes („Abschlussbericht der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung im Finanzministerium Schleswig-Holstein“) erstellen lassen. Dazu nimmt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Karl-Martin Hentschel** Stellung:

Noch vor einem Jahr war in der Landesregierung von Einsparungen im Bereich der Landesbehörden von 2650 Stellen die Rede! Die neue Landesregierung hatte extra die Stelle eines Staatssekretärs geschaffen, der den Auftrag hatte, diese Einsparpotenziale aufzuspüren.

Am 24. Januar 2006 wurde dann endlich der sogenannte Schlie-Bericht in einer Pressekonferenz vorgestellt. Dort wurde der Eindruck erweckt, die Landesregierung hätte beschlossen, über 2000 Stellen von 8000 analysierten Stellen zu verlagern oder einzusparen. Allein 570 Stellen sollten durch Aufgabenverzicht wegfallen.

Tatsächlich ist der Staatssekretär Schlie jedoch mit seinem Vorhaben gescheitert. Der Bericht ist ein Schlie-Bürgerstreich!

Unsere Analyse des Berichtes ergibt, dass sich die Darstellungen der Pressekonferenz vom 24.1. bei genauerem Hinsehen in Luft auflösen. Tatsächlich hat das Kabinett am 24.1. Maßnahmen beschlossen, die Einsparungen in der Größenordnung von lediglich 190 Stellen und die Verlagerung von 73 Stellen an Dritte bewirken sollen. Bei allen anderen großen Reformvorhaben sind lediglich Prüfaufträge beschlossen worden, insbesondere bei der Verlagerung von einer Reihe von Aufgabengebieten auf die Kommunen, gelang es der Projektgruppe nicht, konkrete Einsparpotenziale zu identifizieren.

Der Staatssekretär Schlie operiert wie ein Zauberlehrling, der ständig neue Kaninchen wegzaubert, die dann leider nach der Pressevorstellung in den Kulissen wieder auftauchen.

Die genauere Analyse seiner Vorschläge ergibt:

Es handelt sich bei dem Bericht ohne Zweifel um eine akribische Fleißarbeit, bei der die Aufgaben von fast 8000 Landesbediensteten untersucht wurden. Die Dicke des Berichtes (857 Seiten) und die Ausführlichkeit der Darstellung (jeweils eine Seite Laufzettel pro Aufgabe) waren offensichtlich darauf angelegt, Eindruck zu machen.

Allerdings wird dieser Eindruck bereits dadurch relativiert, dass lediglich die Hälfte des Berichtes (483 Seiten) sich mit den Ergebnissen der Projektgruppe beschäftigen und davon lediglich 161 Seiten relevante Vorschläge (Einsparung größer gleich 0,5 Stellen) beinhalten.

Aufgabenverzicht

Es wurden Aufgaben im Umfang von 67 Stellen identifiziert, auf die verzichtet werden kann, davon 15 Stellen für die Waldpädagogik entgegen dem Koalitionsvertrag.

Staatssekretär Schlie hatte in der Pressekonferenz noch von 570 Stellen gesprochen. Dies ist jedoch dem Bericht nicht zu entnehmen.

Vielmehr wurden dabei z. B. 186 Stellen mitgezählt, die durch die geplante Privatisierung des Waldes aus dem Landesdienst entlassen werden sollen. Dies ist aber kein Aufgabenverzicht, sondern eine Aufgabenverlagerung. Außerdem handelt es sich lediglich durchweg um Prüfaufträge. Ob und in welchem Umfang dadurch Einsparungen für das Land möglich werden, wurde nicht untersucht.

Hier ist anzumerken, dass auch der Privatwald in erheblichem Umfang subventioniert wird (Ansatz 5,1 Mio. Euro in 2005). Außerdem besteht der Landeswald zur Hälfte aus Nachkriegsaufforstungen der von den Engländern abgeholzten Wälder und aus Neuwald, aus dem in den nächsten 50 bis 100 Jahren keine Einnahmen zu erwarten sind und die mit den alten Privatwäldern nicht verglichen werden können.

Weitere 300 Stellen sollen laut Pressekonferenz vom Januar bei den Straßenverwaltungen auf den Prüfstand gestellt werden. Im Schlie-Bericht ist die Straßenbauverwaltung aber gar nicht analysiert worden. Es wird lediglich auf das laufende Projekt aus der alten Landesregierung hingewiesen, bei dem diese Stellen aber zu einem erheblichen Teil lediglich verlagert werden. In der Zählung des Berichtes werden diese Stellen einfach in vollem Umfang der Einsparung durch Aufgabenverzicht zugerechnet.

Offensichtlich war der Projektgruppe das Ergebnis so dünn, dass sie mit einer Einsparung von nur 67 Stellen nicht vor die Presse treten wollten.

Aufgabenverlagerung

In gleich drei Kapiteln berichtet die Projektgruppe über mögliche Aufgabenverlagerungen an die Kommunen, an Dritte und innerhalb der Landesregierung.

Aufgabenverlagerung an Dritte

Tatsächlich hat die Regierung auch eine Verlagerung von 73 Stellen auf Dritte beschlossen. Die Analyse der Einsparpotenziale durch diese Maßnahmen kam jedoch zu sehr dürftigen Ergebnissen: Lediglich 1 (in Worten „eine“) Stelle und Sachkosten in Höhe von 167.000 Euro jährlich wurden identifiziert.

Die im Bericht genannten weiteren 100 Stellen in der Straßenbauverwaltung entpuppen sich lediglich als ein Prüfauftrag des Finanzministers für die zweite Phase der Untersuchung. Sie wurden in der Projektgruppe nicht analysiert, aber mitgezählt. Bei weiteren 70 Stellen im Bereich Pflanzenschutz/Pflanzengesundheit soll lediglich die Machbarkeit überprüft werden.

Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene

Im Abschnitt „Verlagerung auf die Kommunen“ wurden noch gar keine Maßnahmen beschlossen. Es wurde lediglich für die in beiden Koalitionsverträgen benannten Bereiche dargestellt, um wie viele Stellen es sich handelt. Es sind genau 892 Stellen, die geprüft werden sollen. Auf der Pressekonferenz war dagegen die Rede von 1220 Stellen, deren Verlagerung beschlossen sei.

Der Bericht sagt dazu ganz offen: „Aussagen zu möglichen Einsparungen können an dieser Stelle nicht gemacht werden.“

Hier ist noch anzumerken, dass es sich bei über der Hälfte dieser Stellen, nämlich 453, um die Katasterverwaltung handelt. Die Katasterverwaltung war eines der zentralen Reformprojekte der alten Landesregierung. Dadurch wurden die Kataster in den vergangenen zehn Jahren komplett digitalisiert. Dies wurde planmäßig im Jahr 2005 abgeschlossen. Nun kann die Katasterverwaltung neu organisiert werden. Leider liefert der Bericht auch dazu keine Analyse und keine Zahlen.

Die vom Bericht vorgeschlagene Kommunalisierung hat sogar der Landkreistag, der sonst ja wirklich alles haben will, abgelehnt, und hat stattdessen eine zentrale Katasterverwaltung vorgeschlagen.

Aufgabenverlagerung innerhalb der Landesregierung

Nicht viel erfolgreicher war die Projektgruppe bei der Analyse von Aufgabenverlagerungen innerhalb der Landesregierung: Hier gelang es, ein Einsparpotenzial von zwei Stellen nachzuweisen.

Bleibt als Fazit, dass im gesamten Bereich der Aufgabenverlagerung gerade mal „drei“ Stellen identifiziert wurden, die wegfallen können.

Prozessoptimierung

Der erfolgreichste Teil der Arbeit der Schlie-Gruppe war die so genannte Prozessoptimierung. Hierdurch konnten immerhin 120 Stellen dargestellt werden, die wegfallen sollen. Diese stammen überwiegend aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.

Bewertung des Schlie-Berichts

Trotz des Scheiterns der Schlie-Projektgruppe hält die Grüne Landtagsfraktion erhebliche Einsparpotenziale durchaus für realistisch, wenn es gelingt, eine abgestimmte Verwaltungsreform unter Einbeziehung der Kommunalbehörden durchzuführen.

Der Hauptfehler der Projektgruppe war, dass sie die Wahlpropaganda der CDU, man könnte in großem Umfang Aufgaben streichen, ernst genommen hat. Was nützt es schon, 0,1 Stellen einzusparen, indem man die Koordinierung des Girls Day in Schleswig-Holstein abschafft? Oder wenn es gelingt, die Verleihung von Orden- und Ehrenzeichen des Landes zu reduzieren (Einsparung 0,2 Stellen A9).

Letztlich ist der Projektgruppe dann auch nichts anderes Wesentliches eingefallen, als den Bereich Umwelt- und Naturschutz platt zu machen, in dem man die exekutiven Aufgaben so dünn besetzt, dass sie nicht mehr wahrgenommen werden können.

Aber selbst hier ist die Kosten-Nutzenrechnung schnell ohne den Wirt gemacht, denn die Folgekosten von Umweltzerstörung können sehr schnell sehr viel mehr Geld kosten, als die Einsparungen jemals erbracht haben.

Die großen Einsparpotenziale der Vergangenheit sind überwiegend durch Organisationsreformen erreicht worden. Beispiele dafür sind die Reform der Gebäudeverwaltung (Einsparung zirka 600 Stellen), die Reform der Straßenbauverwaltungen (noch nicht abgeschlossen), die mehrfache Reform der Umweltverwaltung mit Zusammenfassung aller Institute und Labore im Landesamt für Natur und Umwelt und die Konzentration der Exekutiv-Behörden in den drei staatlichen Umweltämtern, die Einführung des automatischen Mahnverfahrens, die Elektronisierung der Grundbücher und der Handelsregister, die Zusammenlegung der Eichämter und der Datenzentralen mit Hamburg.

Solche Reformvorhaben ermöglichten Einsparungen in Einzelfällen von bis zu 40 Prozent. Jedem dieser Reformvorhaben ging aber eine ausführliche Analyse der Verwaltungsprozesse, eine Überarbeitung aller Abläufe, eine Neuentwicklung der damit verbundenen Datenverarbeitungsprogramme voraus. Diese endete dann in einer kompletten Neuorganisation der Verwaltung aufgrund von veränderten Verwaltungsabläufen und –strukturen. Auf diese Weise konnten in den neun rot-grünen Jahren immerhin 2000 Stellen abgebaut und zirka 13.000 Stellen verlagert werden.

Die Konsequenz aus dem Scheitern von Schlie sollte deshalb nicht sein, die Verwaltungsreform aufzugeben. Stattdessen sollten erneut die zentralen Reformvorhaben identifiziert werden, die in den kommenden Jahren analysiert und umgesetzt werden sollten. Dazu muss die Landesregierung den Mut haben, Organisationsanalysen der Landbehörden unter Einbeziehung der gesamten kommunalen Ebenen vorzunehmen, z.B. in den

Bereichen Kataster- und Vermessungswesen, Umwelt, Verkehrswesen, Forst, Sozialverwaltungen, Gesundheit und Denkmalverwaltung.

Die Grüne Landtagsfraktion wird dazu weitere Vorschläge erarbeiten und Einsparpotenziale darstellen. Nur durch eine Rückkehr zu prozessorientierten Analysen und Organisationsreformen kann der Prozess der Verwaltungsreform Schritt für Schritt erfolgreich fortgesetzt werden.

Wegzaubern von Kaninchen ist stets eine schöne Illusion geblieben, am Aschermittwoch sind alle wieder da.
